

LUISE GUBITZER

Reichtum ist begehrllich
Zur Orientierung in der Reichtumsökonomie
und Reichtumsgesellschaft

»Anlässlich der Krise des Europäischen Währungssystems Anfang der 90er Jahre hat der Börsenhändler George Soros mit Währungsspekulationen innerhalb einer Woche rund 1,5 Milliarden Schweizer Franken gewonnen, also etwa 12 Milliarden Schilling¹. Um mir vorzustellen, wie viel 12 Milliarden Schilling sind, habe ich folgende Rechnung gemacht: Ich habe das Geld durch 3 geteilt und je einen Teil auf wichtige Tätigkeitsbereiche aufgespalten: auf meine Tätigkeit als Hausfrau, als Berufstätige und als politisch engagierte Person:

1. Wie viel sind 4 Milliarden Schilling für eine Hausfrau? Wenn ich mit Konsumarbeit pro Sekunde 8 Schilling (1 Franken) ausbebe, wie lange muss ich konsumarbeiten, bis ich die 4 Milliarden los bin? Bei einer 40-Stundenwoche und mit 5 Wochen Ferien würde diese Arbeit über 70 Jahre dauern, vorausgesetzt, das Geld vermehrt sich nicht um mehr als die Inflation. Mein Leben lang müsste ich einkaufen, um dieses Geld loszuwerden.
2. Wie viel sind 4 Milliarden Schilling für mich als Berufstätige? Ich arbeite in einer Non-Profit-Organisation und verdiene nicht gerade viel, aber immerhin so viel, dass ich davon leben kann, was trotz zunehmender Erwerbstätigkeit für Frauen alles andere als eine Selbstverständlichkeit ist. Wann hätte ich mit Erwerbstätigkeit anfangen müssen, um diese 4 Milliarden Schilling erwerben zu können? Ich hätte bei meinem jetzigen Einkommen um 20.000 vor Christus mit Höhlenmalen oder Jagen beginnen müssen, um bis heute 4 Milliarden Schilling verdient zu haben. Wohlgemerkt, dieser Mann hat das in vier Tagen geschafft.

1 entspricht etwa 870 Millionen Euro

3. Wie viel sind 4 Milliarden Schilling für die Institution, in der ich arbeite? Jedes Jahr steht in Frage, ob das Geld reichen wird, ob genügend Spenden hereinkommen. Der Aufwand für die Geldbeschaffung ist groß und nimmt zu. Mit 4 Milliarden Schilling hätten wir unsere Organisation schon zur Zeit der Geburt Christi gründen können und wir wären noch weitere 500 Jahre lang abgesichert!«

MASCHA MADÖRIN (1997, 19F)

Reichtum ist begehrllich, aber warum kann er das heute so grenzenlos – global – sein? Mein Antwortversuch umfasst ein Eingehen auf die Wurzeln des Begehrens (1). Da diese Wurzeln heute ihren Zweck erfüllt haben, empfehle ich einen Blickwechsel (2) von Armut zu Reichtum, von der Knappheit zur Fülle. Dies erfordert einen anderen Denk-, Begriffs- und Handlungsrahmen für die Reichtumsgesellschaft und Reichtumsökonomie. Sie versuche ich in Punkt drei in einer Annäherung zu konkretisieren. Seit den späten 70er Jahren gelingt es Vermögensbesitzern ihre Interessen als allgemeine durchzusetzen. In Punkt vier »*Was Reichtum vermag*« behaupte und begründe ich, dass Vermögensbesitzer es vermögen zu bestimmen was Freiheit (4.1) und Sicherheit (4.2) ist und wo es sie geben soll; zu erreichen, dass Politik nicht allen Wählerinnen und Wählern rechenschaftspflichtig ist, sondern ihnen (4.3), Stimmung zu machen gegen öffentliche Güter sowie für Spenden statt Steuern (4.4) und marktwirtschaftliche Prinzipien allen Wirtschaftssektoren aufzudrängen (4.5).

Zusammengefasst vermögen Vermögensbesitzer den Neoliberalismus durchzusetzen. Er ist die Ideologie und mit den Theorien von August von Hayek, Milton Friedman und Gary Becker auch die ökonomische Theorie der Reichtumsökonomie. Gemäß diesen Theoretikern ist es der »Marktmechanismus«, der regelt, ordnet, strukturiert aber auch sanktioniert. Da Neoliberalismus meist als Sachzwang, objektiv unausweichlich, naturgesetzlich und daher alternativlos hingestellt wird, versuche ich in meinem Beitrag Interessen und Akteure zu benennen.

In meinen Ausführungen meine ich mit Vermögensbesitzer sowohl Finanz- als auch Realkapitaleigner. Ich verwende den umgangssprachlichen Begriff Reichtum synonym mit dem

ökonomischen Begriff Vermögen. Ich schreibe vorwiegend über die Reichtumsökonomie; mit Reichtumsgesellschaft meine ich ein bestimmtes Verhalten innerhalb dieser Reichtumsökonomie.

1. Das Begehren als Triebkraft der Reichtumsvermehrung

Begehren ist eine Kategorie, die sich in der traditionellen ökonomischen Theorie nicht findet. Doch es ist letztendlich Begehren, das die Wirtschaft antreibt. Adam Smith betont in seinem Werk bereits 1776 den Wunsch der Menschen, ihre Lage zu verbessern. Es sei ein »*Verlangen, das, obgleich im allgemeinen leidenschaftslos und ruhig, mit uns aus dem Mutterleib geboren wird und uns nicht mehr verlässt, bis wir ins Grab sinken*« (Smith 1776/1996, 321). Der Mensch wird von Geburt an auf den Erwerbstrieb festgelegt und er setzt ihn zur Schaffung und Vermehrung von Reichtum ein.

Bereits seit dem 17. Jahrhundert war die Zähmung und Zivili-sierung der als zerstörerisch angesehenen Leidenschaften *Grausamkeit, Ehrgeiz und Habsucht* ein Thema. Für sie wurden im 18. Jh. Bereiche gesucht, in denen sie kanalisiert und damit nützlich werden konnten. Die Grausamkeit wurde in Verteidigung, der Ehrgeiz in Politik und die Habsucht in Ökonomie gelenkt (Hirschman 1980, 72 ff). Es war der Klassiker Adam Smith, der die wichtigste Umwertung vornahm, die der Leidenschaft »Habsucht« in das Erwerbsinteresse. Damit wurde ein Gefühl, das vorher als gemeinschafts- und gemeinwohlgefährdend gegolten hat, zu durch Eigenliebe motivierter Triebkraft, die zum gesellschaftlichen Ganzen, zum Wohlstand der Nationen führt.

Mit diesem »natürlichen Verlangen« als Grundlage des ökonomischen Systems, des Kapitalismus gibt es *kein Genug* an Reichtum, sondern nur ein *je mehr desto besser*. Der Kapitalismus »lebt« von diesem Begehren und durch Werbung wird ständig neues Begehren geschaffen.

Begehren gibt es auch nach hohen Finanzmarktrenditen und durch diese das Begehren nach hohen realwirtschaftlichen Renditen, sodass z.B. *Danone* 2001 in Frankreich plante Werke zu schließen, nicht weil sie defizitär waren, sondern weil die erwirtschafteten Renditen nicht hoch genug waren und damit nicht dem Begehren der Anleger entsprachen.

Ökonomie war und ist erfolgreich, weil sie Begehren, die Leidenschaft Habgier kanalisiert (Kitzmüller 1996, 75ff). Doch hat sich damit der einstige Zweck nicht in sein Gegenteil verkehrt? Wird heute als knapp hingestellt, was in Fülle vorhanden ist? Wird mit Reichtum Armut erzeugt? Wenn dem so ist, dann ist ein Blickwechsel notwendig.

2. Der Blickwechsel von Armut zu Reichtum

Da das Denken in der Reichtumsökonomie noch immer dem Knappheitsdenken entspricht, braucht es einen Blickwechsel und eine Änderung des Wahrnehmens, des Denkens und Handelns.

Es ist der Blickwechsel von Armut zu Reichtum – sowie von der Knappheit zur Fülle. Dass es noch schwierig ist, mit Fülle »umzugehen«, zeigt das obige Zitat von Mascha Madörin, in dem sie versucht, den Reichtum, die Fülle des Herrn Soros auf ihre Knappheiten umzulegen. Wie das Zitat zeigt, ist der Reichtum ungleich verteilt und daher ist auch in den Industrieländern noch immer Knappheit vorhanden.

Historisch ging es in der Ökonomie um Überwindung der Knappheit. Ein großer Teil der Geschichte der theoretischen Ökonomie kann als Reichtumsentstehungslehre und auch als Reichtumsrechtfertigungslehre für bestimmte Gruppen gelesen werden.¹

Heute ist in den Industrieländern Warenreichtum erzeugt, aber – sehr – ungleich verteilt. Gesamtwirtschaftlich sind Waren, Kapital und Erwerbsarbeitskräfte nicht mehr knapp. Sie sind in Fülle vorhanden. Doch das Denken ist noch immer in der Knappheitsüberwindung verhaftet. Situationen der Fülle werden in Knappheitsprobleme umformuliert. Zum Beispiel ist nicht mehr soviel Erwerbsarbeit notwendig. Doch anstatt diese Fülle an freier Zeit z.B. durch Arbeitszeitverkürzung gerechter zu verteilen, wird sie zu einem Problem der Knappheit an Arbeitsplätzen gemacht. Mit Reichtum wird Armut erzeugt. Anstatt sich der Fülle zuzuwenden, werden ständig neue Knappheiten »produziert« (Gerschlager 1996, 33ff).

Das heißt, dass der Denk-, Begriffs- und damit auch Handlungsrahmen nicht mehr passt. Er eignete sich zur Herstellung

1 siehe dazu dem Beitrag von Karl Bachinger in diesem Buch.

des Warenreichtums, aber er eignet sich nicht zur Orientierung in der Reichtumsökonomie, um ihre Möglichkeiten und Freiheiten wahrzunehmen, zu nutzen und ihre Probleme zu lösen. Was ist nun diese Reichtumsökonomie?

3. Konkretisierung der Reichtumsökonomie

Da der erste österreichische Reichtumsbericht erst im Entstehen ist, konkretisiere ich Reichtumsökonomie hier an einigen ausgewählten Näherungen¹ und in den folgenden Abschnitten daran, was reiche Menschen in ihr Vermögen. Eine Reichtumsökonomie liegt vor, wenn es in ihr Reichtum gibt und dieser Ökonomie und Gesellschaft prägt.

Mit dem Ansatz eines erweiterten Reichtumsbegriffs wird Reichtum – ökonomisch Vermögen – in verschiedenen Formen sichtbar.

Persönlicher materieller Reichtum: Ab wann ist eine Person reich?² In dem *World Wealth Report*, einer Studie von Merrill Lynch und Cap Gemini, Ernst & Young ist eine Privatperson, ein HNWI – *High net worth individual* – vermögend, wenn sie über Finanzmittel von mehr als einer Million Dollar verfügt (Krejci 2001, 18). Reich ist auch jemand, der der Budapester Europa-Universität 250 Mill. US-Dollar (275 Mill. Euro) schenken kann, wie Herr George Soros 2001 (NN 2001, 8).

Weitere Indikatoren sind: Ein hoher Bestand an Vermögen österreichischer Haushalte, der von Farny (u.a. 1997) für 1993 auf 406 Milliarden Euro geschätzt wurde. Immer mehr Menschen wohnen im Eigentum.

Tendenziell steigend sind Einkommen aus Vermögen und geringere Einkommen aus Erwerbsarbeit, was sich in sinkenden Lohnquoten und steigenden Gewinnquoten zeigt. Das ist auch darauf zurückzuführen, dass immer mehr Menschen Einkommen aus Erwerbsarbeit *und* Einkommen aus Veranlagungen beziehen. Dies kann zu einer Veränderung ihrer Bewusstseinslage führen, indem sie eher eine vermögenssichernde als eine beschäftigungsorientierte Politik unterstützen.

1 siehe dazu auch den Beitrag von Vanessa Redak und Christa Schlager in diesem Buch

2 siehe dazu auch den Beitrag von Michael Wagner-Pinter in diesem Buch.

Privates – gemeinschaftliches Eigentum wie z.B. das Eigentum der Kirchen und Vereine.

Öffentliches Eigentum in Form von öffentlichen Gütern wie z.B. Schulen, Gesundheitseinrichtungen, öffentliche Gebäude, Museen, Theatern.

Immaterieller Reichtum: Dazu zählt, dass wir reich sind an Wissen; reich an Informationen; reich an Fertigkeiten und Fähigkeiten, z.B. an technologischen, aber arm an sozialen und politischen Fähigkeiten, mit den technischen verantwortungsvoll umzugehen und Konflikte nicht-militärisch, nicht gewaltvoll zu lösen; reich an produktiven herstellenden Fähigkeiten, aber arm an Fähigkeiten, den Reichtum gerecht zu verteilen.

Frauenreichtum: Ulrike Wagener (u.a. 1999, 29) schreiben, dass Frauen reich sind an Fähigkeiten und Dingen zur Bereicherung des Lebens, an Lebensweisheit, an Überlebensstrategien und reich an Beziehungen.¹ Reichtum ist »was zur Bereicherung des Lebens beiträgt«.

Reichtumsökonomie konkretisiert sich auch darin, dass die Vermögensbesitzer versuchen, gesellschaftliche und ökonomische Bedingungen durchzusetzen, die eine weitere Vermögensvermehrung sichern. Das gelingt ihnen seit dem Faktor Preisschock der 70er Jahre. Als es zu niedrigeren Wachstumsraten und einer Verlangsamung der Akkumulationsdynamik kam. Dies hat die Realvermögens- und die Finanzvermögensbesitzer zusammengeführt, um eine Neuordnung des Systems zu bewirken, weil man glaubt, mit Marktsteuerung in allen Wirtschafts-Bereichen, d.h. mit Deregulierung, Privatisierung, Liberalisierung und Flexibilisierung eine neue Wachstums- und Akkumulationsdynamik zu erreichen, neue Verwertungsbedingungen zu schaffen und die Inflation durch restriktive Geldpolitik und Budgetsparmaßnahmen zu bekämpfen. Dies führte zu einem neuen Verteilungsregime und einer Machtverschiebung hin zu den Finanzvermögensbesitzern (Edelmüller 2001). Dadurch wurde der Finanzmarkt der wichtigste Markt, der das Angebot am Güter- und Dienstleistungsmarkt und somit auch die Nachfrage am Arbeitsmarkt bestimmt.

Ich bringe im Folgenden ausgewählte Aspekte dessen und konkretisiere daran vertiefend die Reichtumsökonomie und -ge-

¹ Obdachlose berichten z.B. häufig, dass am Anfang ihres Abstiegs meist das Ende einer wichtigen Beziehung stand.

sellschaft. Indem ich beschreibe, was Reichtum vermag, gelingt es vielleicht auch, Orientierung zu bieten.

4. Was Reichtümer vermögen

Die gesellschaftliche Wohlfahrt ist definiert als Erreichung der Ziele *Freiheit*, *Gerechtigkeit*, *Sicherheit* und *Fortschritt*. Was nun die Vermögensbesitzer vermögen, ist *Freiheit* in den ökonomischen Bereich zu verlagern bzw. auf diesen Bereich zu beschränken. *Sicherheit* wird als Arbeitsplatzsicherheit und soziale Sicherheit im ökonomischen Bereich abgeschafft und zu polizeilicher und militärischer Sicherheit transferiert. *Gerechtigkeit* geht mit der Verlagerung von Freiheit und Sicherheit in den jeweiligen anderen Bereich verloren bzw. wird sie dem Marktmechanismus überlassen. Von *Fortschritt* liest man derzeit vor allem bei der Terrorbekämpfung.

Vermögensbesitzer vermögen zu bestimmen, was *Freiheit* ist und wo sie gelten soll.

Indem Vermögensbesitzer bestimmen, was in der Reichtumsökonomie und -gesellschaft Freiheit ist, gelingt es ihnen, Rahmenbedingungen zu schaffen, die ihre Kapital-Verwertungsmöglichkeiten erhöhen.

Freiheit wird in den ökonomischen Bereich in die *freie* Marktwirtschaft verlegt und dort vor allem auf Verwertungsfreiheit reduziert. Kapital-, Güter-, Dienstleistungs- und Arbeitsmarkt sollen von allen Barrieren, Kontrollen und Widerständen durch Deregulierung und Liberalisierung »befreit« werden. Es herrsche freier Kapitalverkehr, globale Investitionsfreiheit (mit Ausbeutungsfreiheit von Frauen und Kindern sowie Ressourcen), Dienstleistungs- und Warenhandelsfreiheit und die Freiheit, den Arbeitsplatz zu wählen. Doch diese Freiheiten werden oft rasch zu einem Zwang: Unternehmen, die nicht exportieren können, sind leichter existenzgefährdet. Für Alleinerzieherinnen oder Familienväter mit schulpflichtigen Kindern kann die freie Arbeitsplatzwahl auf Grund von Immobilität zum Zwang werden, schlechter bezahlte und dequalifizierte Arbeitsplätze anzunehmen oder erwerbsarbeitslos zu werden. »*Freie* Mitarbeiterin« bedeutet ökonomisch ungesichert erwerbstätig zu sein und z.B. Arbeit auf Abruf zu leisten.

Die internationale Wirtschaft solle sich frei entfalten können und von Gleichheits- und BürgerInnenrechtsansprüchen freigemacht werden. Gleichstellungs- und Sozialpolitik werden als Wettbewerbsnachteil dargestellt. Denn es geht um den freien Wettbewerb, sich zu bereichern. Für Armut ist man selbst verantwortlich. Denn man hat seine Freiheit nicht genützt. Aber auch Arbeitslosigkeit und Armut sei ein Stück selbstgewählter persönlicher Freiheit.

Soziale Ungleichheit wird nicht länger als ein grundlegendes Problem für eine demokratisch verfasste Gesellschaft betrachtet. Denn nach August von Hayek (1971) kann eine spontane Ordnung wie der Marktmechanismus sie kreiert, nie ungerecht sein, weil niemand für ihre Ergebnisse verantwortlich ist. Eine Umverteilung durch progressive Besteuerung führe zur »Zerstörung der persönlichen Freiheit«. Wenn es jemanden stört, könne er aus einer »sozialen Gesinnung« Unterprivilegierten helfen, um seinen individuellen Nutzen zu maximieren.

Es soll möglichst viel privat und möglichst wenig öffentlich organisiert werden, weil das nach Milton Friedman die Macht diffundiere und die Freiheit erhöhe.

Doch bereits Alexis de Tocqueville hat 1835 die Ambivalenz einer engen und notwendigen Verbindung zwischen Freiheit und Gewerbe gesehen und die Gefahr betont, die die materielle Freiheit für die politische Freiheit hat. Denn »der Sinn für materiellen Genuss« kann sich schneller entwickeln als »Aufklärung und freiheitliche Lebensformen« (zit. in Hirschman 1980, 131).

Dem Freiheitsbegriff von Hayek und Friedman ist ein interventionistischer und feministischer Freiheitsbegriff entgegenzusetzen, der Freiheit als Möglichkeit ein »menschwürdiges Leben«, ein »gutes Leben«¹ zu führen definiert, wie es auch die Armutskonferenzen deutlich machen.

Es ist Aufgabe des Staates die materielle Freiheit jeder Person zu sichern, indem er entsprechende öffentliche Dienstleistungen garantiert, Infrastrukturinvestitionen vornimmt und Maßnahmen zur Sozial- und Umweltpolitik setzt und zu sorgen, dass diese Leistungen, die allen zu Gute kommen, auch durch Kapitalertrags- und Vermögenssteuern mitfinanziert werden.

1 Siehe den Beitrag von Michaela Moser in diesem Buch

Neben der Sicherung der materiellen Freiheit kommt heute die Sicherung der politischen und bürgerlichen Freiheiten ganz aktuell hinzu, denn diese werden seit dem 11.9.2001 massiv eingeschränkt.

Vermögensbesitzer vermögen zu bestimmen,
was *Sicherheit* ist und wo sie gelten soll.

»Eine Nation, die von ihrer Regierung nichts anderes als die Aufrechterhaltung der Ordnung fordert, ist im Grunde ihres Herzens bereits versklavt. Sie ist Sklave ihres Wohlstandes und der Mann, der sie in Ketten legen wird, kann die Bühne betreten.«

TOCQUEVILLE IN: HIRSCHMAN, 1980, 131 F

Vermögensbesitzer vermögen zu bewirken, dass zunehmend soziale Absicherung durch öffentliche polizeiliche und militärische Sicherheit ersetzt wird. Auch ist Reichtum ängstlich. Privateigentum wird durch hochtechnologische Sicherheitsanlagen geschützt. Eigentumsdelikte werden zum Schutz des Eigentums häufig höher bestraft als z.B. Vergewaltigungen zum Schutz der Frauen. Terrorangst wird durch hochtechnologische Militäreinsätze zu reduzieren versucht.

Spätestens seit dem 18. Jahrhundert beschäftigen sich Theoretiker mit dem Zusammenhang zwischen Erwerbsgeist und Ruhe, Ordnung, Sicherheit. Der »Erwerbsgeist« könne in Richtung »tyrannischer Regierungen« wirken. Denn wie eine Verbindung zwischen Freiheit und Wirtschaft besteht, besteht auch eine zwischen Wirtschaft und Despotie. Der Erwerbsgeist will ein Klima der Ruhe, der Regelmäßigkeit und Effizienz, was nach Hirschman (1980, 130) als starkes Argument für autoritäre Herrschaftsausübung in Anspruch genommen werden kann. Adam Ferguson, ein schottischer Aufklärer, hat in »*Essay on the History of Civil Society*« bereits 1767 darauf aufmerksam gemacht, dass die Furcht vor dem Verlust des Reichtums sowie die Situation, dass »die Erben wohlhabender Familien sich mitten im Überfluss (der anderen) bedroht und arm vorkommen« den Wunsch nach autoritären Regierungen auslösen kann (zit. in Hirschman 1980, 129). Auch Angst vor sozialem Abstieg und vor unsicheren Schicksalen wird von Ferguson als »Brutstätte« erkannt, die Menschen nach »starken« Politikern

und Regierungen rufen lassen, die jegliche Versprechen machen, solche realen oder auch nur eingebildeten Gefahren abzuwehren. Christoph Butterwegge (2001, 2) weist darauf hin, dass der neoliberale Staat eher ein »Kriminal- als Sozialstaat« ist, der gegenüber den »Modernisierungs-« bzw. »GlobalisierungsverliererInnen« repressiv wird.

Seit Adam Smith hat der Staat die Aufgabe das Eigentum zu schützen. Den Vermögensbesitzern gelingt es zu bewirken, das ihr Vermögen und ihre Vermögensvermehrung geschützt und soziale Sicherheit als »Standortrisiko« hingestellt wird (Butterwegge 2001, 1). Dies verändert die Verteilung zu Ungunsten von Frauen, da soziale Sicherheit privatisiert und individualisiert wird. Denn Frauen verfügen über weniger Eigenmittel zur Privatvorsorge bzw. werden sie dadurch wieder in die »Sicherheit« der Ehe gedrängt.

Sicherheit wie Arbeitsplatz-, Einkommens- und Pensionssicherheit werden durch übermäßige Sicherheit im polizeilichen und militärischen Bereich ersetzt. Diese Sicherheitsbevorzugung schränkt die politischen Freiheitsrechte ein und erzeugt Angst.

Vermögensbesitzer vermögen zu bewirken,
dass ihnen PolitikerInnen rechenschaftspflichtig werden.

Vermögensbesitzern gelingt es Rechenschaftspflicht, Aufgaben und Entscheidungsspielraum des Staates neu festzulegen. In der Reichtumsökonomie sind PolitikerInnen nicht mehr vorrangig allen WählerInnen rechenschaftspflichtig, sondern Vermögensbesitzern, Aktionären, Fondsmanagern und deren Organisationen. Regierungen werden zunehmend von Kapitalmarktakteuren kontrolliert und diese geben vor, was diese zu tun haben. Doch wird dies mit Sachzwängen begründet: Nach Ewald Nowotny (1997, 78) sind es strukturelle Budgetdefizite, die dazu führen, »dass Regierungen von den Kapitalmärkten kontrolliert werden können«.

Bei nicht opportunem Verhalten von Seiten eines Staates ziehen Fonds ihre US-Dollar ab. Bei geplanten Steuererhöhungen und Umverteilungsmaßnahmen wird mit Kapitalabzug »gedroht«, denn ein »soziales Gewissen des Staates« wird mit fallenden Aktienkursen in Zusammenhang gebracht.

Bereits Montesquieu wies im 18. Jahrhundert darauf hin, dass sich Regierungen, die es mit Bürgern die vorwiegend bewegli-

ches Eigentum besitzen zu tun haben, sich anders verhalten müssen und sie wie Herrn zu behandeln haben (vgl. Hirschman 1980, 104).

Vermögende vermögen verstärkt eine Politik durchzusetzen, die den Wert der Vermögenseinkommen sichert und Kapitalbildung (steuerlich) begünstigt, z.B. durch Privatstiftungen, durch geringe effektive Kapital- und Vermögensbesteuerung, durch hohe Realzinssätze, Liberalisierung des Kapitalverkehrs und durch ein Mietrecht, das VermieterInnen, Haus- und WohnungseigentümerInnen schützt.

Multinationale Konzerne und »gut informierte Privatpersonen« aber auch Fonds gelingt es »immer besser alle möglichen Chancen zu nutzen und ihre Steuerbelastung auf ein Minimum« zu reduzieren (Nowotny 1997, 82). Neben Steuerumgehung vermögen Vermögensbesitzer Staaten zur »Reichtumspflege« (Hickel 1998, 107), dh zu einer für sie vorteilhaften Steuerpolitik zu bringen, was eine Umverteilung nach oben bewirkt.

Die Reichen und Ertragreichen ziehen sich aus der Gruppe der SteuerzahlerInnen immer mehr zurück und verweigern ihre Beteiligung an den Kosten der öffentlichen Güter, obwohl sie sie in Anspruch nehmen. Die »Erträge aus der Besteuerung des mobilen Faktors Kapital (gehen) laufend zurück...« (Hickel 1998, 107.) und ein immer größerer Teil der Steuerlast entfällt auf die immobilen Arbeitskräfte. Die Finanzierung des öffentlichen Sektors ist dadurch massiv gefährdet, wodurch Reichtum Armut zu erzeugen vermag.

Eine andere Form der »Rechenschaftspflicht« wird in den USA mit dem Energiehandelsunternehmen ENRON beschriftet. Präsident George W. Bush soll für seinen Wahlkampf in das Weiße Haus »eine halbe Million Dollar« erhalten haben (SN 15.2.2002, 7). Das öffnete in Washington »die Türen zur Macht. ENRON-Chef Kenneth Lay saß im vergangenen Jahr mit am Tisch, wenn die Regierung über ihren Energiebericht brütete« (ebd.). Im Frühjahr kam der »sehr industriefreundliche« Energieplan heraus.

In Italien geht es seit der Wahl von Silvio Berlusconi zum »Regierungschef« nicht mehr um die Rechenschaftspflicht des Staates gegenüber den Vermögensbesitzern, sondern ein Vermögensbesitzer macht selbst die für ihn und seine Gruppe relevante, Politik.

Diese Verschiebung der Rechenschaftspflicht und die Einschränkung des Entscheidungsspielraums gefährden die Demokratie. Politik begriffen als gesamtgesellschaftlicher Willensbildungs- und Entscheidungsprozess wird auf Entscheidungen einer kleinen Gruppe, der der Vermögensbesitzer und Unternehmen reduziert. Die damit verbundene Entdemokratisierung führt dazu, dass Regierungen nicht mehr Interessenausgleich betreiben, sondern sich von einer Gruppe funktionalisieren lassen. So entsteht eine soziale Polarisierung der mit Repressionen und mehr polizeilicher Sicherung begegnet wird.

Vermögensbesitzer vermögen Stimmung zu machen ...
... gegen öffentliche Güter

Der Wert von öffentlichen Gütern wie Bildung, Gesundheit, öffentlicher Verwaltung, von Sozialstandards wie lebensstandardgemäßes Arbeitslosengeld mit Berufsschutz, aber auch von öffentlicher Infrastruktur wie Post, Bahn, Straßen, Telefon, Strom wird immer mehr in Frage gestellt. Zum einen wird die Bereitstellung öffentlicher Güter als ineffizient und leistungshemmend kritisiert. Jene, die öffentliche Dienstleistungen erbringen, werden als »MinderleisterInnen« öffentlich medial und real politisch gemobbt.

Als Pauschalmaßnahme wird privatisiert, bepreist, ausgegliedert und dereguliert. Vor allem durch die Privatisierung kommt es zu einer enormen Machtverschiebung und Umverteilung von öffentlichen zu privaten Eigentümern.

Es wird Stimmung gemacht gegen den umverteilenden Sozialstaat, der als weiblich-versorgend denunziert wird. Dem gegenüber werden hohe – vor allem männliche – Einkommensbezieher, die sich Selbstbehalte und Zusatzversicherungen leisten können, *the white, educated, young and wealthy men*, die auf den Finanzmärkten *educated gambling* auf »hohem Niveau« betreiben, als neues Menschenbild der Reichtumsökonomie und Gesellschaft idealisiert. Ausgehend von diesem Ideal werden Strukturen geschaffen, die es notwendig machen, dass jede und jeder private Zusatzversicherungen, Selbstbehalte und diverse Gebühren (Ambulanz-, Studien-, ...) bezahlen muss. Dies geschieht ohne Rücksicht darauf, ob den Menschen dafür genug Einkommen zur Verfügung steht bzw. ohne eine Beschäftigungs- Arbeitsmarkt- und Einkommenspolitik, die Löhne und

Einkommen garantiert, die diese privaten geldlichen Sicherungsleistungen ermöglichen.

Stattdessen werden soziale Rechte zu Bürgerpflichten in einer Bürgergesellschaft. In deren Rahmen entsteht für jene, die die staatliche Leistungslücke und entstehende Armut nicht aus ihrem Einkommen oder Vermögen kompensieren können, ein Aufruf diese Lücke durch unbezahlte ehrenamtliche Arbeit von Frauen, durch Spenden für karitative Zwecke, durch christliche Nächstenliebe und Subsidiarität zu schließen. So wird der Anspruch auf Sozialleistungen als Menschenrecht, gemäß § 22 Menschenrechtsdeklaration (1948) in Mildtätigkeit, Gnade, Wohltätigkeit – *charity* – umgewandelt und zu sozialer Gesinnung – Altruismus – bzw. familiären Banden »verlagert«.

Doch es muss einen Rechtsanspruch geben, um Versorgungssicherheit zu gewähren; um die Würde der Menschen, nicht auf mildtätige Hilfe angewiesen zu sein, zu wahren und um soziale Ausschließung zu reduzieren. Auch impliziert das Fehlen eines Rechtsanspruchs bei der familiären Helferin, dass sie am Arbeitsmarkt nicht voll teilnehmen kann. Damit wird sie bei Aufstieg und voller sozialer Absicherung benachteiligt, sie ist weniger integriert und folglich ebenfalls sozial ausgeschlossen.

Vermögensbesitzer bevorzugen Spenden statt Steuern

Vermögensbesitzern gelingt es eine Stimmung zu verstärken, die zu einem zunehmenden Steuerwiderstand führt. Ewald Nowotny (1997, 78) diagnostiziert für Westeuropa, dass »im Zuge der neoliberalen Hegemonie« die Steuerfinanzierung öffentlicher Leistungen »auf psychologische Barrieren«, stößt. »... die Leute sind derzeit eher bereit, für private Leistungen Geld auszugeben als für öffentliche.«

Der »Mechanismus« läuft über den oben beschriebenen Druck der Kapitalmarktakteure, Budgetdefizite zu senken, den Sozialstaat weitgehend abzubauen und Spenden steuerabzugsfähig gesetzlich zu regeln. Die von den Budgetkürzungen teilweise existenzbedrohend betroffenen sozialen Non-profit-Organisationen rufen unüberhör und -sehbar zu Spenden auf. Wenn nun Menschen aber zunehmend für alle Bereiche spenden, die früher über Steuern finanziert wurden, führt dies zu weiterem Steuerwiderstand.

Untersuchungen zeigen (Hagenauer 2002), dass Großspender – Vermögensbesitzer, Unternehmen – vorwiegend in Form von Sponsoringverträgen werbewirksame Sport- und Kulturveranstaltungen (wie z.B. die Salzburger Festspiele) sponsern, aber nicht caritative Projekte und Einrichtungen. Ein auf Spenden umgestelltes Sozialsystem ist daher eher auf KleinspenderInnen angewiesen, und auch diese wählen aus: An der Spitze der Zwecke, für die gespendet wird, stehen in Österreich Kinder, Behinderte und Tiere (Hagenauer 2002, 38). Auch wird ein solches »Sozialsystem« konjunkturabhängig, da in prosperierenden Phasen eher – mehr – gespendet wird als in Rezessionen.

Mit der Tendenz, öffentliche Leistungen zu privatisieren und zu spenden anstatt Steuern zu bezahlen, erzeugt die Reichtumsökonomie und -gesellschaft Armut, die in EU-Europa 2001 bei 60 Millionen Menschen festgestellt wurde.

Vermögensbesitzer vermögen die marktwirtschaftlichen Prinzipien allen Wirtschaftssektoren aufzudrängen. Die meisten Ökonomien bestehen aus einer gemischten Wirtschaft, die sich aus den folgenden Sektoren zusammensetzt:

Abb. Wirtschaftssectoren
Grafik1gubitzer.doc

Bei vielen ökonomischen Leistungen sind alle Sektoren beteiligt. Als Beispiel sei *long-term care* herangezogen: in Europa erfolgt die Pflege permanent pflegebedürftiger Menschen zu 40% im Haushaltssektor, zu 36% im Dritten Sektor, zu 13% im öffentlichen Sektor und zu 11% im privaten Sektor über den Markt (Oesterle 2001, 49). Bei dieser Erhebung ist der illegale Sektor, d.h. die Pflege durch »schwarz« arbeitende Pflegerinnen – meistens Immigrantinnen – nicht erfasst.

Die Politik, die die Vermögensbesitzer zu bewirken vermögen, zwingt alle Sektoren, sich nach marktwirtschaftlichen Prinzipien und damit nach der neoklassischen mikroökonomischen Logik zu reorganisieren. Dies bedeutet:

- *Betriebswirtschaftliches Effizienzdenken* hält in allen Sektoren Einzug. Dies führt zu großen Problemen, da dieses Denken für die industrielle Güterproduktion entwickelt wurde und daher nicht für den Dienstleistungsbereich geeignet ist. Die Effizienz der Schuhproduktion ist etwas anderes als die von *long-term care*.
- *Der Konkurrenzmechanismus – Wettbewerb* – soll in allen Sektoren wirksam werden. Dies führt dazu, dass z.B. kleine Pflegeorganisationen des Dritten Sektors sehr viel Zeit für Projektanträge, -evaluierung, -abrechnung verwenden müssen und sich mit anderen konkurrenzieren, anstatt Synergien zu nützen.
- Ein sehr eingeschränkter *Leistungsbegriff* wird auf alle Sektoren angewendet.
- Möglichst viele Leistungen sollen über den Markt, den privaten Sektor, erbracht werden. Jede und jeder soll UnternehmerIn seines/ihrer selbst sein und auch der Haushaltssektor wird zum »Unternehmen Haushalt« (Schlager 2001).

Bei dieser Markteuphorie wird von Marktmacht abstrahiert. Ebenso von anderen Formen des Marktversagens, da der for profit Sektor nur in Bereichen vertreten ist, die – sehr – profitabel sind. Daher ist er zum Beispiel bei *long-term care* nur mit 11% vertreten.

Steigende Selbstbehalte können bei *long-term care* zu einem Sinken des Lebensstandards der Personen führen und damit zu Armut, da private Versicherungen zu teuer und nicht leistbar sind. In den USA haben 4-5% *elderly people* eine solche Versicherung. In EU-Europa noch weniger (Oesterle 2001, 58).

Wenn Vermögensbesitzer in einer Reichtumsgesellschaft den Ton anzugeben vermögen, führt dies zum Verweis auf den Markt und damit bei all jenen, die dabei finanziell nicht mitkönnen zu Armutsgefährdung und zu Armut.

Der »neoliberale Wettbewerbswahn« fördert nach Christoph Butterwegge (2000, 3) auch »die Rechtsentwicklung«. Denn er bringt eine »marktradikale und das individuelle Leistungsvermögen fetischisierende Rechte« hervor und er verstärkt »die Tendenz zur Ab- bzw. Ausgrenzung von Schwächeren, Minderheiten und sog. Randgruppen«. Die Etablierung eines störungsfrei »arbeitenden« Marktes wirkt totalitär, da ihm alles untergeordnet werden soll. Menschliche Angelegenheiten, wie es Ökonomie, Freiheit und soziale Sicherheit sind, sollen durch die Einführung einer *unpolitischen Ordnung*, der Marktordnung, geregelt werden.

Am Schluss ein Anfang

Reichtum ist begehlich! Er vermag Ökonomie und Gesellschaft so zu gestalten, dass er mehr werden kann. Dies gelingt den Vermögensbesitzern und Unternehmen, weil die Industrieländerökonomien Reichtumsökonomien sind. In ihnen ist Vermögen zwar sehr ungleich, doch wie ich in Punkt drei annäherungsweise versuchte darzustellen, doch so verteilt, dass sehr viele Menschen etwas Vermögen besitzen. Sei es in Form eines Bausparvertrages, eines Sparbuchs, in Form von Fondsanteilen oder einer Eigentumswohnung. Daher vertreten sie Vermögensbesitzerinteressen mit, wodurch es diesen gelingt, Politiken durchzusetzen, von denen vor allem Vermögensbesitzer profitieren. Denn mit ihrem neoliberalen Projekt gelingt ihnen eine Umverteilung von Reichtum, Macht und Teilhabechancen zu ihnen. Das zu erkennen, aufzuzeigen und zu verändern, meine ich mit meinem Untertitel »*Zur Orientierung in der Reichtumsökonomie und Reichtumsgesellschaft*«.

Denn in der Reichtumsökonomie und Reichtumsgesellschaft stellt sich im Rahmen eines Blickwechsels die Frage nach *der Art des Wirtschaftens und Lebens*, nach den Zielen des Wirtschaftens – *Gewinnmaximierung oder gutes Leben* –, nach den Prinzipien des Wirtschaftens – *Ausbeutungsprinzip oder Versorgungsprinzip* – nach der Art der Leistungserstellung – *wieviel öffentliche und wieviel privat* –, und die Frage nach dem *Platz*

und Rang der Ökonomie. Bleibt er der dominante Bereich, dem alle anderen untergeordnet sind, oder gelingt es, ihn auf seinen Platz zu verweisen, der ein dienender und versorgender ist? Wir sind reich genug, und nun meine ich den unter Punkt drei erwähnten materiellen und auch immateriellen Reichtum, durch Politisch-Handeln im Rahmen der Zivilgesellschaft, die Leidenschaft der Reichen zu zähmen, damit sie es nicht mehr vermögen, die Lebensbedingungen eines Großteils der Menschen negativ zu beeinflussen und damit Reichtum nicht länger Armut erzeugt.

Literaturverzeichnis

- Butterwegge, Christoph (2000): Globalisierung und Desintegration: Was treibt die Gesellschaft auseinander. Thesenpapier zur 4. Österreichischen Armutskonferenz 23.-24. Okt. 2000, Salzburg
- Edelmüller, Wolfgang (2001): Die Renaissance des ökonomischen Liberalismus, Vortragsmanuskript, Wien
- Farny, Otto u.a. (1997): Vermögen, Erben und Erbschaftssteuer in Österreich. Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft; in: AK-Wien, Nr. 63/1997, Wien
- Friedman, Milton (1976): Kapitalismus und Freiheit, München
- Geschlager, Caroline (1996): Konturen der Entgrenzung, Marburg
- Hagenauer, Ronald (2002): Marketing und Fundraising in Nonprofit-Organisationen., Diplomarbeit aus der WU-Wien
- Hayek, Friedrich August von (1971): Die Verfassung der Freiheit, Tübingen
- Hickel, Rudolf (1998): Standort-Wahn und Euro-Angst, Hamburg
- Hirschman, Albert O. (1980): Leidenschaften und Interessen, Frankfurt a. Main
- Kitzmüller, Erich (1996): Gewalteskalation oder neues Teilen, Wien/München
- Krejci, Peter (2001): Die Zeit der »Baby-Boomer«, Salzburger Nachrichten 19.5.2001, 18
- Madörin, Mascha (1997): Schuldenkrise und Frauenalltag; in: Vergib uns unsere Schulden, Wien S. 19-27
- N.N. (2001): Ost-Elite gesponsert; in: Salzburger Nachrichten 16.10.2001, S. 8
- Nowotny, Ewald (1997): Neoliberalismus und öffentlicher Sektor – Entwicklung und Alternativen; in: AG für wissenschaftliche Wirtschaftspolitik (Hg.): Wirtschaftspolitische Alternativen zur globalen Hegemonie des Neoliberalismus, Wien, S. 69-84

Oesterle, August (2001): Equity Choices and Long-Term Care Policies in Europe. Allocations Resources and Burdens in Austria, Italy, the Netherlands and the United Kingdom, Habilitationsschrift WU-Wien

Schlager, Christa (2000): Unternehmen Haushalt. Aschenbrödels neue Kleider; in: Kurswechsel 2/2000, Wien, S. 100 – 107

Smith, Adam (1776/1996): Der Wohlstand der Nationen, München

Wagener, Ulrike/Dorothea Makert/Antje Schrupp/Andrea Günter (1999): Liebe zur Freiheit, Hunger nach Sinn. Flugschrift über Weibwirtschaft und den Anfang der Politik, Rüsselsheim